

Er erscheint wöchentlich zwölfmal mit illustriertem Sportblatt, illustriertem Gratis-Zeitschriften: „Der Weltspiegel“, „Moden-Spiegel“, „Kunst-Spiegel“, „Tribüne“, „Illustrierte Film-Zeitung“, „Photo-Spiegel“, „Ull“, „Haus Hof Garten“ mit „Jugendspiegel“.

Einseraten- und Abonnements-Annahme in Berlin: Hauptexpedition SW 10, Jersalemer Straße 46-48, Filialen: Badstr. 61; Blücherstr. 99; Prenzl. 1; Fildenstr. 9; Frankl. Allee 288 u. 302; Greifswalder Str. 107; Gr. Frankl. Str. 101; Kochhausstr. 9; Königsstr. 19; Kopenicker Str. 87/88; Moritzplatz; Müllerstr. 185; Potsdamer Str. 33; Rathenower Str. 3; Rosenfelder Str. 73; Rosenhübelstr. 4; Schadowstr. 144; Turmstr. 61; Wiener Str. 1-6; Zimmerstr. 68; Charlottenburg: Kaiserdamm 20; Kantstr. 54; Nürnberger Str. 25/26; Schragstr. 20; Tauentzienstr. 23; Cyprienstr. 1; Fiedlerstr. 1; Hallesche-Grabenstr. 1; Heroldstr. 1; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 12; Neukölln: Berlinstr. 41; Hermannstr. 60/61; Kasper-Friedrich-Str. 24; Niederschönhausen: Brühlstr. 22; Paakow: Bornholmer Str. 1; Schraggen- dorf; Breite Str. 3; Schönberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Spandau: Breite Str. 47; Steglitz: Schlossstr. 32; Tegel: Berlinstr. 12; Tempelhof: Berlinstr. 147; Tropolow: Krullstr. 7; Weissensee: Berliner Allee 247 (Antonplatz); Wilmersdorf: Kaiserplatz 15; Lankwitz 28, in der Provinz: Brandenburg a. d. Havel: Hauptstr. 4; Briesau: Schweidener Str. 5; Frankfurt a. d. Oder: Köpenickerstr. 44; Potsdam: Brandenburg Str. 29; Siedlitz: Muckenstr. 11. Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.



Berliner Tageblatt

Nr. 297 Ausgabe für Berlin

und Handels-Zeitung

57. Jahrgang Dienstag, 26. Juni 1925

Vor dem Abschluss.

Heute Vorlegung der Ministerliste beim Reichspräsidenten beabsichtigt.

Nachdem durch die Zusage Dr. Stresemanns, die auch für seinen Parteifreund Dr. Curtius galt, die Mitarbeit der beiden volksparteilichen Minister an einem Kabinett gesichert war, das ohne offizielle Bindung der Fraktionen in Wirklichkeit ein Kabinett der Großen Koalition ist, konnten im Laufe des gestrigen Tages die weiteren personellen Fragen ihrer Lösung nähergebracht werden. Neben Außenministerium und Wirtschaftsministerium steht, wie bereits gestern Abend mitgeteilt, die Besetzung drei weiterer Ressorts fest, die die Sozialdemokratie in Anspruch nimmt: Kanzleramt (Hermann Müller), Innenministerium (Severing) und Finanzministerium (Hillerding). Fest steht weiter, dass der Vertreter der Bayerischen Volkspartei, Postminister Schaetzel, und dass Wehrminister Groener auf seinem Posten verbleibt. Noch nicht entschieden ist also über die Ressorts der Justiz, Arbeit, Verkehr, Ernährung und besetzte Gebiete. Von diesen 5 Ressorts werden 3 dem Zentrum, 1 der Sozialdemokratie und 1 den Demokraten zufallen.

zunächst der Beschluss, den Posten des Vizekanzlers nicht, wie ursprünglich vorgesehen war, mit dem früheren Reichskanzler Dr. Wirth zu besetzen.

Die Bestellung eines Vizekanzlers soll überhaupt nicht erfolgen.

Als sicher kann im Augenblick nur angenommen werden, dass die Abgeordneten Dr. Wirth und von Guérard in das Kabinett eintreten werden. Welche Ministerien sie übernehmen, steht noch nicht fest. Heftig umstritten ist noch der dritte Posten, der der Zentrumspartei zufallen soll, da nach wie vor eine starke Strömung gegen die Wiederbesetzung des Arbeitsministeriums durch Dr. Brauns sich geltend macht. Für die Demokraten wird das Justizministerium oder Ernährungsministerium in Betracht kommen. Als Kandidaten werden Koch-Weser für den ersten, Dietrich (Baden) für den zweiten Fall genannt. Falls das Justizministerium den Sozialdemokraten zufallen sollte, kommt der Münchener Abgeordnete, Rechtsanwalt Saenger, in Betracht. Vom Zentrum wird, wenn Dr. Brauns nicht in Frage kommt, noch der frühere Minister Dr. Bell als Kandidat genannt. Die Kandidatur des sozialdemokratischen Abgeordneten Keil gilt als erledigt. Müller-Frankens hat sich die Antworten der Fraktionen für den heutigen Vormittag erbeten.

Er wird dann abends um 7 Uhr den Reichspräsidenten von dem Erfolg seiner Bemühungen unterrichten und ihm bereits die Ministerliste vorlegen können.

Man rechnet damit, dass die Regierungserklärung vor dem Reichstag noch im Laufe dieser Woche erfolgt, und zwar voraussichtlich am Sonnabend, da der Freitag als hoher katholischer Feiertag (Peter und Paul) für eine Plenarsitzung nicht in Frage kommt.

In einem kleinen Teil unserer gestrigen Abendaufgabe hiess es in dem Brief Stresemanns an Hermann Müller irrtümlich, „eine deutsche Reichsverfassung, die nur die persönliche Verantwortlichkeit von Fraktionen kennt“. Wir haben bereits berichtet, dass es in Wirklichkeit heissen muss: „... die nur die persönliche Verantwortlichkeit der Reichsminister, nicht aber die Verantwortlichkeit von Fraktionen kennt.“

Befreiungspolitik oder Beleihungspolitik.

Von Bernhard Dernburg, Mitglied des Reichstags.

Mit Recht stellt Professor Bonn in seiner unter dem Titel „Befreiungspolitik oder Beleihungspolitik“ erschienenen Studie über die Probleme der deutschen Reparation den Satz an die Spitze, dass eine wirkliche Befreiung Deutschlands von der politischen Fessel der Rheinlandbesetzung und der wirtschaftlichen, der Kontrollen des Dawes-Plans, erst dann zu erwarten sei, wenn die staatlichen Gläubiger an der Zahlung und Uebertragung der Annuitäten desinteressiert seien, das heisst, wenn die Ueberführung der heute den Gläubigern zustehenden Forderungen in die Hände des Privatkapitals gelangt. Man nennt das kurz die Kommerzialisierung der Reparation. Sie ist im Dawes-Plan insoweit vorgesehen, als sowohl die Eisenbahn als auch die Industrie mit 5proz.igen Obligationen in neozahlbarer Form belastet sind. Können diese Obligationen an das anlagensuchende Publikum veräußert werden, so erhalten die Gläubigerstaaten das entsprechende Kapital, und es entsteht zwischen Bahn und Industrie, selbständigen gewerblichen Unternehmungen einerseits und den Erwerbern der Obligationen andererseits jenes übliche Verhältnis, wie es zwischen privaten Schuldnern und Gläubigern die Regel ist. Dass der Zinsfuß, mit dem diese Obligationen zurzeit ausgestattet sind, unter der heutigen Höhe für deutsche Inlandsanleger liegt, ist an sich kein Hindernis, weil sie entweder unter ihrem Nominalwert verkauft oder unter Minderung dieses Nominalwertes mit einem höheren Zinsfuß ausgestattet werden können. Auf diese Kommerzialisierung zielt ja bereits der Generalantrag in seinem Novemberbericht hin, in dem er seinen Auftraggebern, der Reparationskommission, die Festsetzung der deutschen Gesamtschuld in einem Betrag vorgeschlägt, den Deutschland unter eigener Verantwortung ohne fremde Kontrolle und ohne Transferschutz zu leisten in der Lage sei. Privatisiert man nämlich unsere deutsche Verschuldung, so liegt der Schwerpunkt in der Zukunft darin, welches Vertrauen der gesuchte Privatwerker deutschen Schuldverschreibungen der bezeichneten Art entgegenzubringen geneigt ist. Tritt aber jenes direkte Verhältnis zwischen Gläubigern und Schuldnern ein, so ist für die Kontrolle und die Verantwortlichkeit, welche sie dem von den Dawes-Experten ersonnenen Einziehungsapparat, den Treuhändern der Reparationskommission, auferlegen, kein Raum mehr. Solange dieser besteht, sind die Schulden eben nicht privatisiert.

Käufer für so überaus gewaltige Anlagewerte wird man in Deutschland nur in sehr geringem Umfange zu finden vermögen. Auch wird eine Placierung keineswegs auf einmal stattfinden können. Jeder ernsthafte Käufer aber wird zunächst verlangen, aus Markt- und Sicherheitsgründen das Gesamtmass der deutschen Verschuldung zu kennen. Mehr aber noch verlangt er Gewähr dafür, dass die Zinsen und Rückzahlungssquoten der von ihm bezahlten Obligationen ihm sicher und pünktlich zukommen. Da nun, wie gesagt, solche Käufer zum allergrössten Teil im Ausland gesucht werden müssen, so entsteht die Frage, in welchem Umfange Deutschland die für Zinsen und Rückzahlungen erforderlichen Valuten aufzubringen in der Lage ist. Der Dawes-Plan enthält Bestimmungen, wonach die staatlichen Gläubiger nicht mehr fremde Zahlungsmittel erhalten dürfen, als ohne Gefährdung der deutschen Währung in Deutschland eingesammelt werden können. Diese Bestimmungen bilden den sogenannten Transferschutz. Der private Erwerber von Reparationsobligationen will aber seine Forderungen sicher und pünktlich in seiner Valuta, ohne Rücksicht auf die Sicherung, die der Transferschutz der deutschen Währung gewähren will, empfangen, und es muss deshalb bei der Privatisierung auch der Transferschutz fallen. Gelder in fremder Währung, welche zur Auslandszahlung verwendet werden können, stehen in Deutschland zur Verfügung aus einem Überschuss, den das deutsche Warengeschäft und die Vergütung für Dienstleistungen an das

Filchners Leiden in Tibet.

Der Spionage verdächtigt. — In tiefem Schnee über den Himalaya.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

MÜNCHEN, 25. Juni.

Der Zweck der letzten Asienexpedition Wilhelm Filchners war die Durchführung einer erdmagnetischen Messungskette im Anschluss an das europäisch-westasiatische magnetische Vermessungsnetz. Filchner hat auf der Strecke Kuldscha-Sining Fu 90 Stationen in jeweils 50 Kilometern Abstand errichtet und parallel zu dieser nördlichen Linie eine südliche in Tibet mit 70 Stationen. Ausserdem hat er das gesamte Reisegebiet kartographisch aufgenommen und 23 000 Meter Filmaufnahmen gemacht. Der Weg führte ihn über Russland nach Kuldscha und Sining Fu, wo er im Winter 1923/24 ohne Geldmittel ankam. Er hatte infolgedessen so gut wie nichts zu essen und musste barfuß gehen.

Trotzdem hat er seine Arbeiten lückenlos durchgeführt und war oft 12 bis 14 Stunden am Tage mit Messungen beschäftigt. Im Frühjahr 1924 erhielt er vom Auswärtigen Amt die Aufforderung, sich nach Osten zur Küste zu begeben, um aus dem Gebiet der Aufstände, in dem er sich befand, herauszukommen. Da er aber sowohl von den roten wie von den weissen Chinesen immer freundlich behandelt worden war, zog er es vor, seine Reise nicht abzubrechen. In dieser Zeit litt er auch an furchtbaren Gallensteinkoliken und lag oft todkrank da. Nach seiner Wiederherstellung versuchte er, südwestlich nach Tibet vorzustossen. Auf dem Wege nach Lhasa wurde er jedoch von tibetischem Militär aufgehalten.

Es war nämlich der tibetischen Regierung von Sining mitgeteilt worden, dass Vertreter von drei

Nationen als Vorkoten der Armeen dreier Mächte heranzöhen.

Erst nach zwei Monaten wurde ihm erlaubt, nach Leh weiterzuziehen. Lhasa kam als Ziel nicht mehr in Betracht, da es inzwischen aus politischen Gründen von den Engländern geräumt worden war. Filchner setzte seine Messungen im Hochlande von Tibet unter ausserordentlichen Schwierigkeiten fort. Besonders litt er unter schweren Schneestürmen.

Er erfor sich Hände und Füsse und erlitt bei Stürzen im Gebirge mehrfache Knochenbrüche.

Endlich erhielt er vom Dalai-Lama, vermutlich auf englische Veranlassung hin, grosszügige Hilfe, indem man ihm die amtlichen Pfordereis, Lebensmittel und Führer zur Verfügung stellte.

Im März 1925 überschritt Filchner dann den Himalaya, trotz der besonders starken Lawengefahr, die der Winter mit sich brachte. Er brauchte dazu 22 Tage, von denen er 12 zu Fuss zurücklegen musste, da der tiefe Schnee das Reiten nicht gestattete. Er reiste über den Pass Zo-La nach Kasmir, von dort nach Kalkutta, und endlich nach Bombay, wo er die Glückwünsche des Auswärtigen Amtes vortrug.

Filchner erklärt, es gehörte zu seinen besten und tiefsten Eindrücken, dass man ihm, dem Deutschen, überall mit aussergewöhnlicher Liebenswürdigkeit und Gefälligkeit begegnet sei. Der Unterschied der Nationen trat gegenüber dem Begriff reiner Menschlichkeit und sachlichem Interesse an Forschungsreisen völlig zurück. (Siehe auch Seite 3.)